

**Bern um Rechtshilfe ersucht**

# Insider-Untersuchung schwappt über Grenze

27.02.2014



Fast 200 Polizisten und Staatsanwälte standen am Dienstag in Deutschland und der Schweiz bei den Ermittlungen im Einsatz (Themenbild vom August 2013).

In einer konzertierten Aktion der deutschen und der Schweizer Justizbehörden wurden am Dienstag rund 50 Wohnungen und Büros durchsucht. Fast 200 Polizisten und Staatsanwälte standen am Dienstag in Deutschland und der Schweiz bei den Ermittlungen gegen 23 Beschuldigte im Einsatz. Beim Bundesamt für Justiz (BJ) war in dieser Sache Ende Januar ein Rechtshilfeersuchen eingegangen. Gemäss BJ wurde das Gesuch wenige Tage später an die Bundesanwaltschaft zum Vollzug delegiert.

## Deutsche Behörde in Bern

Laut Angaben des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA BW) wurden in der Schweiz insgesamt sechs Objekte durchsucht, je zwei in den Kantonen Bern, Schwyz und Zürich. Wie dies bei internationalen Rechtshilfeersuchen vorgesehen ist, beantragten die deutschen Behörden die sogenannte «unselbständige Teilnahme» an den Untersuchungshandlungen in der Schweiz. Eine Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft Stuttgart war zwar nicht an den eigentlichen Hausdurchsuchungen anwesend, weilte aber während der Aktion in den Räumlichkeiten der Bundesanwaltschaft in Bern. Ein Beschuldigter hätte die Möglichkeit, die Anwesenheit einer ausländischen Untersuchungsperson abzulehnen.

Ein Staatsanwalt des Kantons Schwyz bestätigt, sein Amt sei über die Hausdurchsuchungen informiert, aber nicht darin involviert gewesen. Er könne keine Angaben zu den Beteiligten machen, da die Informationshoheit bei der federführenden Behörde in Deutschland liege.

## **Stuttgart im Fokus**

Weil die Untersuchung vom LKA BW geleitet wird, ist davon auszugehen, dass die vom Insidergeschäft betroffenen Aktien an der Börse Stuttgart gehandelt werden (oder wurden). Er vermute, dass es sich um Titel handle, die an seiner Börse gehandelt würden, sagt denn auch ein Sprecher des dortigen Wertschriften-Handelsplatzes. Im Weiteren ist anzunehmen, dass die betroffenen Titel nicht auch in der Schweiz kotiert sind, da sonst die hiesige Finanzmarktaufsichtsbehörde Finma involviert worden wäre.

Angesichts des Personalaufgebots – 150 Polizisten, 20 Beamte der deutschen Finanzaufsicht sowie 8 Staatsanwälte – müsse es sich um eine grössere Übernahmeaktion mit einem Milliardenvolumen gehandelt haben, so kombiniert ein auf Übernahmen im deutschsprachigen Raum spezialisierter Berater. Eigentlich seien Insidergeschäfte im Bereich Fusionen und Übernahmen sehr selten, weil alle Involvierten mit Kenntnis des Deals eine Stillhalte- und Vertraulichkeits-Erklärung unterschreiben müssten. Auf der anderen Seite ist für Beteiligte mit krimineller Energie die Verlockung gross. Weil man früh Kenntnis vom angebotenen Übernahmepreis hat, ist der zu erzielende Erlös genau vorhersehbar. Für ihn sähen die grenzüberschreitenden Ermittlungen so aus, als ob zur Verschleierung der Transaktionen auch über Schweizer Firmen Aktienkäufe getätigt worden seien, fügt ein Branchenkenner an.